

Neuer Trend in der Parteienlandschaft?

Gemischtwarenläden verlieren

Von Gerd Held

Politik, so scheint es in diesen Tagen in Deutschland, ist ein reines Zahlenspiel. Die Seite des politischen Spektrums, die die größere Zahl an Parteien ins Parlament bringt, scheint die Nase vorn zu haben. Diese größere Zahl ist gegenwärtig auf der linken Seite zu finden. Muss die CDU jetzt auch um jeden Preis Dreierkoalitionen suchen?

Drei sind eben mehr zwei, heißt es. Diese politische Arithmetik würde bedeuten, dass Gemischtwaren-Koalitionen in der Demokratie die größten Chancen haben. Wenn Politik nur die Bedienung von Bürgerinteressen wäre, könnte die Rechnung aufgehen. Die Koalition mit der größeren Parteienzahl verspricht dem Kundenbürger das breitere Angebot. Mit dieser Logik wird der Staat insgesamt immer mehr in ein Versorgungskonsortium verwandelt - mit Gutscheinen für Miete, Tanken und Hochschulausbildung, mit Lohngarantien, mit Windrädern und 1000 weiteren Projekten à la carte. Ist das die neue „Normalität“ und „soziale Moderne“ (Ypsilanti), an die wir uns mit der links gedoppelten SPD gewöhnen müssen?

Falsch. In Westeuropa sind Gemischtwaren-Koalitionen die Verlierer der letzten

Jahre, wie die jüngsten Wahlen in Spanien und Frankreich wieder zeigen. In Italien hat es Prodi's bunte Koalition zerlegt. In Frankreich hat die rot-rot-grüne Koalition, die in den 90er Jahren unter Jospin zustande kam, zu einer bis heute andauernden Regierungsunfähigkeit der Sozialistischen Partei geführt. Das bürgerliche Lager aber gewann an Schlagkraft, seit aus zwei gleichstarken Parteien eine wurde.

Dahinter steht ein tieferer Grund. Politik ist kein Markt, sie lebt von einer Idee des Ganzen. Nur mit einer Gesamtvision des Landes kann das Geben und Nehmen der Bürger gerecht bemessen werden. Nur mit ihr wird der Staat bilanzfähig und kann auch ein Gefühl der Zugehörigkeit vermitteln. Deshalb ist die Integrationsleistung der Volksparteien unentbehrlich. Die kleinen Parteien mögen näher an bestimmten Bürgergruppen sein, für die Gesamtheit der Bürger machen sie die Politik undurchschaubar. Man weiß nicht mehr, für welche Regierung man votiert. Sicher, die CDU muss jetzt verhandeln. Aber sie sollte sich nicht von Zahlen nervös machen lassen. Bei der nächsten Bundestagswahl kann zwei mehr sein als drei.

(Manuskript vom 12.3.2008, erschienen als Gastkommentar in der Tageszeitung „Die Welt“ am 14.3.2008 unter der Überschrift „Zwei ist mehr als drei“)